

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 10. Mai 1989

Blatt 974

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Initiative zur „gesetzlichen Spitalsreform“ (975)
- Verbesserte regionalisierte Hilfe des Jugendamtes (976)
- Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegeheim Lainz (977)
- Wesentlich schneller vom Westbahnhof zur Südbahn (978/979)
- Österreichischer Städtetag in Villach (980/981, 984)
- Bandion zu Lainz: Verbrechen nicht systemimmanent (982/983)
- Freifahrt anlässlich der Festwocheneröffnung (nur FS)

Initiative zur „gesetzlichen Spitalsreform“

Gesetzliche Bestimmungen sollen überprüft werden

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die zur Zeit in Österreichs Spitälern geltenden gesetzlichen Vorschriften sollen darauf überprüft werden, wieweit sie noch den Erfordernissen der modernen Medizin entsprechen. Dies war das Ergebnis eines kürzlich über Einladung von Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stattgefundenen Gespräches, an dem Nationalratspräsident Rudolf PÖDER als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der Präsident der Wiener Ärztekammer Dr. Michael NEUMANN und der Präsident der Apothekerkammer Mag. Dr. Paul BELOHLAVY und deren Mitarbeiter teilnahmen.

Zweck des Gespräches war es, Maßnahmen zu erörtern, um die aufgrund der Ereignisse in Lainz derzeit bestehende Verunsicherung der Patienten und des Personals wieder abzubauen. Unter anderem wurde nunmehr Bundesminister Ing. Harald ETTL in einem gemeinsamen Brief ersucht, zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe aus Praktikern und Legisten zu bilden und diese mit der Bearbeitung der entsprechenden Fragen zu beauftragen, wobei sich die Teilnehmer des Gespräches ebenfalls bereit erklärten, dabei aktiv mitzuwirken.

Nach übereinstimmender Meinung wäre es unbedingt notwendig, derzeit gültige, zum Teil schon vor vielen Jahren beschlossene Gesetzesbestimmungen (Krankenpflegegesetz, Krankenanstaltengesetz, Ärztegesetz) besser aufeinander abzustimmen und den Erfordernissen der täglichen Praxis anzupassen. (Schluß) zi/gg

Verbesserte regionalisierte Hilfe des Jugendamtes

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Seit Jahren ist das Jugendamt der Stadt Wien bemüht, seine Einrichtungen den Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung anzupassen. Im Vordergrund steht der Abbau des Amtsscharakters, der unbürokratische Zugang zu den Einrichtungen und die Bürgernähe. Neben der Serviceleistung durch die Bezirksjugendämter bietet das Jugendamt auch kleine dezentrale Einrichtungen in den Bezirken an, wie die 13 Sozialpädagogischen Beratungsstellen. In den letzten zehn Jahren wurden diese Beratungsstellen vor allem in Neubesiedlungsgebieten errichtet, um Eltern, Kindern und Jugendlichen bei den vielfältigsten Problemen behilflich zu sein.

Sozialpädagogische Beratung „Am Heidjöchl“

Im Zuge einer weiteren Regionalisierung bietet nun in einem Wiener Neubesiedlungsgebiet im 22. Bezirk „Am Heidjöchl“ und dem anschließenden Gebiet um die Quadenstraße, in dem innerhalb kurzer Zeit ca. 880 Wohnungen von durchwegs jungen Familien bezogen wurden, neben den zuständigen Sozialarbeiterinnen des Bezirksjugendamtes auch eine Sozialpädagogin in der Außenstelle des Jugendamtes „Am Heidjöchl“, Stiege 61, Tür 3, Beratung und Hilfen. Besonders für junge Familien, für alleinerziehende Mütter und Väter, aber auch für Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Problemen in der Schule oder im Elternhaus steht die Sozialpädagogin jeden Mittwoch von 9 bis 21 Uhr zur Verfügung.

Neben der Beratungs- und Betreuungstätigkeit werden auch Wochenendaktivitäten für Alleinerzieher mit Kindern sowie bei Bedarf auch Mütter- oder Vätergruppen angeboten. Die Angebote sind kostenlos und können auch anonym in Anspruch genommen werden. (Schluß) jel/rr

Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegeheim Lainz

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Im Pflegeheim Lainz wurde Mittwoch von Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS, dem Leiter der MA 17 (Anstaltenamt), Frau Ulrike MALY als neue Direktorin des Pflegedienstes in ihr Amt eingeführt. Die neue Pflegedienstleiterin ist seit dem Jahr 1973 als diplomierte Krankenschwester und seit 1981 als Stationsschwester bzw. seit 1987 als Oberschwester im Pflegeheim Lainz tätig gewesen. Sie tritt die Nachfolge von Adele PLESCHER an, die seit 1977 als Direktorin des Pflegedienstes tätig war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) zi/gg

Wesentlich schneller vom Westbahnhof zur Südbahn

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch erläuterte Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL umfassende Details über die neue U-Bahn-Linie U 6 sowie daran anbindende Linien des öffentlichen Verkehrs. Hervorstechendstes Merkmal war dabei die deutliche Fahrzeitverkürzung.

U 6: In fünf Minuten vom Westbahnhof zur Südbahn

Am 7. Oktober 1989 wird die U 6 von Heiligenstadt beziehungsweise Friedensbrücke bis zur Philadelphiabrücke in Betrieb genommen. Damit wird nicht nur der südliche Raum Wiens besser an die Bezirke entlang des Gürtels angeschlossen, sondern es entsteht auch eine äußerst attraktive und schnelle Verbindung von der Südbahn (Meidling) zum Westbahnhof. Benötigt man derzeit mit der Linie „8“ für diese Relation fahrplanmäßig 15 Minuten, so reduziert die U 6 die Fahrzeit auf fünf Minuten.

Neben der vorläufigen Endstation Philadelphiabrücke ergeben sich mit den neugeschaffenen U-Bahn-Stationen Vivenotgasse und der großen Verknüpfungsstation zwischen der U 4 und der U 6, Längenfeldgasse, auch neue, qualitativ hochwertige lokale Erschließungsfunktionen.

Zugleich mit der Verlängerung der derzeitigen Stadtbahnstrecke bis zur Südbahn wird die gesamte Strecke durch Intervallverdichtungen wesentlich aufgewertet. So wird das Intervall im Spitzenverkehr von derzeit fünf Minuten auf dreieindrittel Minuten reduziert, im Spätabendverkehr von zehn Minuten auf siebeneinhalb Minuten. Damit wird es auch möglich, den Ast nach Heiligenstadt bis zum Betriebsschluß im 15-Minuten-Intervall zu befahren.

Anpassungen im Autobusnetz: „12 A“ wird verlängert

Mit der Inbetriebnahme der neuen U-Bahn-Station in Meidling werde es natürlich notwendig sein, auch den Oberflächenverkehr den neuen, verbesserten Relationen anzupassen, sagte Hatzl in diesem Zusammenhang.

Das betrifft vor allem das Autobusnetz. Autobuslinien wie der „15 A“, „59 A“, „63 A“ und „64 A“ werden direkt an die U-Bahn-Stationen angebunden. Beim „8 A“ erfolgt eine Intervallverdichtung, der „12 A“ soll von der derzeitigen Endstation Längenfeldgasse bis in den 15. Bezirk zur Märzstraße verlängert werden, um eine neue Querverbindung zu schaffen.

Die Maßnahmen im Autobusnetz im einzelnen:

Die Linie „8 A“ erhält eine erhöhte Bedeutung als Zubringer zur U 6, deshalb wird das Intervall von derzeit zwölf auf zehn Minuten reduziert.

Die Linie „12 A“ wird von der derzeitigen Endstation Längenfeldgasse über die Strecke Längenfeldgasse – Stiegerbrücke – Stiegergasse – Geibelgasse – Mariahilfer Straße – Grenzgasse – Schmelzbrücke – Schweglerstraße – Goldschlagstraße – Huglgasse – Märzstraße und zurück über Märzstraße – Schweglerstraße – Schmelzbrücke – Grenzgasse – Mariahilfer Straße – Arnsteingasse – Sechshauser Straße – Stiegergasse – Stiegerbrücke – Längenfeldgasse – Schönbrunner Straße verlängert. Damit wird eine Direktanbindung von weiten Teilen des 15. Bezirkes an den neu entstandenen U-Bahn-Knoten Längenfeldgasse angeboten.

Die Linie „15 A“ wird statt über die Schönbrunner Straße und die Arndtstraße über die Niederhofstraße direkt zur gleichnamigen Station der U 6 geführt.

Die Linie „59 A“ wird von der Dörfelstraße bis zur U-Bahn-Station Philadelphiabrücke verlängert.

Die Linie „63 A“ verliert ihre Funktion als „Stadtbahn-Ersatzlinie“ während des U 6-Baues zwischen der Meidlinger Hauptstraße und der Gumpendor-

fer Straße und wird deshalb zur U-Bahn-Station Niederhofstraße umgelenkt, wodurch auch eine verbesserte Erschließung des Meidlinger Marktes durch öffentliche Verkehrsmittel erreicht wird.

Die Linie „64 A“ fährt statt über die Wienerbergstraße über die Philadelphia-Brücke, wo das Umsteigen in die U 6 möglich ist.

Änderungen im Straßenbahnnetz

Die Inbetriebnahme der U 6 im Zusammenhang mit den entlang des Gürtels gesetzten Maßnahmen wie der Errichtung zusätzlicher Stationen und dem Einbau von Aufzügen in die alten Stationen machen die Linie „8“ entbehrlich. Diese Linie wird daher aufgelassen. Die jährlichen Betriebskosten der Linie „8“ betragen derzeit zumindest 80 Millionen Schilling.

Mit den freierwerdenden Garnituren können ältere Fahrzeuge auf anderen Linien ersetzt werden. So wird es möglich sein, auf der Linie „J“ wieder Zweiwagenzüge einzusetzen, auf der Linie „D“ größere Einheiten als derzeit anzubieten und schließlich auf der Linie „71“ Züge mit ausfahrbaren Trittstufen zu verwenden. Weiters soll die Linie „62“ mit Gelenktriebwagen betrieben werden, wobei es auch zu einer Intervallverdichtung von derzeit siebeneinhalb auf sechs und von zehn auf siebeneinhalb Minuten kommen wird.

Die Linie „64“ wird ab der Inbetriebnahme der U 6 nur mehr bis Meidling geführt.

Durch den Bau einer Hochgarage neben dem Westbahnhof und die schwierige Einbindung des Verkehrs von der Felberstraße in den Gürtel sind zunehmende Behinderungen für die Linie „9“ in diesem Bereich zu erwarten. Es ist daher beabsichtigt, die Linie „9“ nicht mehr über die Schweglerstraße und die Felberstraße, sondern über die Märzstraße und den Neubaugürtel zum Westbahnhof zu führen. Für die entfallende Station bei der Schmelzbrücke wird mit der verlängerten Autobuslinie „12 A“ Ersatz angeboten.

Daten und Fakten zur U 6

- Auf der Stadtbahnstammstrecke der U 6 wurden zwei zusätzliche Stationen, Thaliastraße und Michelbeuern, sowie ein zweiter Aufgang bei der Station Burggasse zum Urban-Loritz-Platz neu errichtet.
- In alle ehemaligen Stadtbahnstationen (ausgenommen Westbahnhof wegen des U 3-Baues und Thaliastraße, weil dort Fahrtreppen beziehungsweise ein ebener Zugang vorhanden sind) wurden Aufzüge eingebaut.
- Mit der Intervallverdichtung auf dreieindrittel Minuten in der Spitzenzeit erhöht sich das Platzangebot der U 6 auf 7.740 Plätze pro Stunde. Demgegenüber beträgt das Platzangebot der Linie „8“ in der Spitze derzeit nur 2.470 Plätze.
- Die Fahrtdauer von der Philadelphia-Brücke bis zur Nußdorfer Straße wird bei der U 6 16 Minuten betragen. Die Linie „8“ braucht für die gleiche Strecke laut Fahrplan, wenn es zu keinen Behinderungen kommt, 35 Minuten.

Abschließend ging Hatzl auf die Kosten ein: Für den Neubau der U 6-Strecke zwischen Längenfeldgasse und Philadelphia-Brücke betragen diese rund 4,7 Milliarden Schilling; der Umbau der Stadtbahnstrecke inklusive unter anderem Otto-Wagner-Brücke, Station und Revisionshalle Michelbeuern, Rechtsumstellung und Signalanlagen sowie Stationsumbau und Aufzüge kostete rund 1,4 Milliarden Schilling und der Wagenbau für die zusätzlich benötigten Garnituren 1,2 Milliarden Schilling. (Schluß) pz/gg/rr

Forts. von Blatt 978

österreichischer Städtetag in Villach

Resolution: Positiv zur Europäischen Integration

Villach, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die vom Österreichischen Städtebund vertretenen Städte und Gemeinden stehen dem Gedanken der Europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber. Unverzichtbarer Bestandteil dafür ist jedoch die Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität. Dies ist die Grundaussage der Resolution, die vom 39. Österreichischen Städtetag in Villach beschlossen wurde.

Der Städtebund erwartet sich allerdings, daß Benachteiligungen aus Randlagen entgegengewirkt wird. Dies erfordere unter anderem eine Neuorientierung der Strukturpolitik und eine vordringliche Lösung der Transitproblematik.

Städtische Initiativen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollten von Bund und Ländern nach Kräften gefördert werden. Dies gilt nicht nur für die Zusammenarbeit zwischen Wien und Budapest, sondern für alle grenzüberschreitenden Initiativen auf wirtschaftlichen, kulturellen oder anderen Gebieten.

Bei den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen müsse unbedingt auf die föderalistische Struktur Österreichs und die verfassungsrechtlich garantierte Gemeindeautonomie Rücksicht genommen werden, forderte der Österreichische Städtebund. Verhandlungen der Republik mit den europäischen Gemeinschaften und anderen Staaten über weitere Integrationschritte sind nur mit begleitenden Konsultationen der Gemeinden zu führen. Dies gilt sowohl für Gespräche zum EG-Binnenmarkt als auch für Neuregelungen im Rahmen des GATT und Vereinbarungen zwischen EFTA-Staaten und EG.

Der Städtebund erwartet, daß der Bund der finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie hohe Priorität einräumt. Der Städtebund lehnt eine Beteiligung der Gemeinden an einem Mitgliedsbeitrag zu einer supranationalen Einrichtung, insbesondere der EG, ab. Aus einer Beteiligung am Mitgliedsbeitrag zur EG würde sich eine weitere finanzielle Belastung der Gemeinden von rund zwei Milliarden Schilling ergeben, die zusätzlich zu den erheblichen Einnahmenentfällen aus der Steuerreform und aus den zu erwartenden EG-Steueranpassungen für die Gemeinden nicht mehr zu verkraften wäre.

Bericht des Generalsekretärs: 1988 war gutes Jahr für die Gemeinden

Der 39. Österreichische Städtetag wurde Mittwoch früh mit der Plenartagung fortgesetzt. Generalsekretär Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK sagte in seinem Bericht, daß 1988 ein gutes Jahr für die österreichischen Städte und Gemeinden gewesen sei. Mit 4,2 Prozent hatte Österreich das höchste Wirtschaftswachstum der 80er Jahre. Bei einer Inflationsrate von nur zwei Prozent hatten die Gemeinden wieder vollen Anteil am Wirtschaftswachstum. Mit dem Finanzausgleichsgesetz 1989 konnte die Belastung der Gemeinden aus der Steuerreform durch die Beteiligung an der Kapitalertragsteuer auf ein Ausmaß von rund eineinhalb bis zwei Milliarden Schilling begrenzt werden.

In den nächsten Monaten werden sich aber bereits die vollen Auswirkungen der Steuerreform in den kommunalen Budgets zeigen. So werden die Überweisungen des Bundes an die Gemeinden im Mai gegenüber dem Vorjahr bereits um fünf Prozent sinken.

Die abzusehende angespannte finanzielle Situation macht es den Gemeinden unmöglich, weitere Belastungen zu übernehmen. In diesem Zusammenhang verwies Pramböck darauf, daß sich mit einer Einführung von Informatik in den dritten und vierten Klassen der Hauptschulen und im Poly-

technischen Lehrgang Investitionskosten von rund einer halben Milliarde Schilling und wesentliche Erhaltungs- und Folgeaufwendungen für die Gemeinden ergeben würden. Diese Kosten wären für die Gemeinden in ihrer angespannten Situation nicht verkraftbar und müßten ihnen abgegolten werden.

Zur Realisierung des EG-Binnenmarktes sagte Dr. Pramböck, daß bei einer vollen Beteiligung ein Wachstumsschub von bis zu 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erwarten sei, was sich zweifellos positiv auf den Abgabenertrag der Gemeinden auswirken würde. Jedoch würden die absehbaren Anpassungen vor allem bei der Mehrwertsteuer bei den Gemeinden einen Einnahmenentgang von 2 bis 2,7 Milliarden Schilling bewirken. Weiters sollten die Gemeinden nach Vorstellungen des Bundes und der Länder einen Anteil am sogenannten Mitgliedsbeitrag zur EG übernehmen, was sie rund zwei Milliarden Schilling kosten würde. Die Gemeinden würden mit diesen Maßnahmen rund sechs bis sieben Prozent ihrer Steuereinnahmen verlieren, was beträchtlich über die zu erwartenden Wachstumseffekte hinausgeht.

Abschließend betonte Dr. Pramböck nochmals, daß die Gemeinden deshalb eine Beteiligung am EG-Mitgliedsbeitrag strikt ablehnen, da es sich dabei um eine Aufgabe des Bundes handelt, unabdingbar sei jedenfalls, daß die Gemeinden in die Verhandlungen miteinbezogen werden. (Forts. mgl.)
roh/rr/gg

Forts. von Blatt 980

Bandion zu Lainz: Verbrechen nicht systemimmanent

Ludwig-Boltzmann-Institut für Gerostomatologie vorgestellt

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Vor der Zerstörung eines in Jahrzehnten aufgebauten, berechtigten Vertrauens in die moderne Medizin und vor einem Abschieben von persönlicher Verantwortung auf ein anonymes „System“ warnte der Wiener Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION Dienstag abend bei einer Veranstaltung der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, bei der das neue Institut für Gerostomatologie (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde für alte Menschen) vorgestellt wurde.

Bandion kritisierte, daß durch manche lautstarke, aber wenig qualifizierte öffentliche Infragestellung des gesamten Gesundheitssystems das für eine erfolgreiche Therapie notwendige Vertrauen der Patienten in die medizinische Versorgung erschüttert werde — und dies, obwohl nie zuvor die Medizintechnik einen so hohen Standard erreicht hatte, nie zuvor Ärzte so rasch und wirkungsvoll bei so vielen Leiden helfen konnten, nie zuvor so viel Geld für das Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt wurde.

Bandion wörtlich: „Jedes System, das von Menschen gemacht und ausgefüllt wird, ist grundsätzlich fehleranfällig und verbesserungsfähig. Dies gilt selbstverständlich auch für den medizinischen Bereich und das Gesundheits- und Spitalswesen. Es wäre aber verhängnisvoll, die Verantwortung für individuelle Untaten, für individuelles Versagen, auf irgendein 'System', auf anonyme 'Zustände' abzuschieben. In letzter Konsequenz würde dies den einzelnen Menschen jener ethischen und moralischen Verpflichtungen entheben, auf denen unsere Gesellschaft beruht. Keine Institution ist davor gefeit, daß in ihrem Schoß Verbrechen geschehen, aber kein System entbindet den einzelnen von seiner persönlichen Verantwortung, keine Systemschwäche darf eine Entschuldigung für Mord sein. Was in Lainz geschehen ist, das ist NICHT systemimmanent, das ist und bleibt unmenschliche Barbarei konkreter Personen.“

Intensive Auseinandersetzung mit Medizin und Gesundheitswesen

Bandion unterstrich, daß es nicht des Anstosses jener tragischen Ereignisse bedurfte, um sich intensiv mit den Problemen, Erfordernissen und auch Reformnotwendigkeiten im Gesundheitswesen zu beschäftigen. Im Rahmen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft (deren Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bandion ist) wurden seit 1968 an die 60 Institute im Bereich der medizinischen Forschung gegründet, zuletzt — zwei Tage vor dem Bekanntwerden der Lainzer Vorfälle — eine Forschungsstelle für Krankenhausorganisation.

Auch der steigenden Bedeutung der medizinischen und sozialen Betreuung älterer Menschen wurde und wird Rechnung getragen. In der Boltzmann-Gesellschaft widmen sich etwa die Institute für Altersforschung (Prof. Fellinger und Prof. Tragl, seit 1972) sowie für Sozialgerontologie und Lebenslaufforschung (Prof. Rosenmayr, seit 1980) und die Forschungsstelle für Klinische Geriatrie (Prof. Neumayer, seit 1985) speziell dieser Problematik. Gerontologische Anliegen spielen aber auch in der Forschungstätigkeit zahlreicher anderer Institute eine große Rolle.

Partnerschaft zwischen Wiener Universitätsklinik und Krankenhaus Sankt Pölten

Das neue Institut für Gerostomatologie, dessen Gründung bereits vor einem Jahr in die Wege geleitet worden war, beschäftigt sich mit den Problemen und Aufgaben der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde für alte Menschen, einem für die physische und psychische Lebensqualität der Betroffenen außerordentlich wichtigen Gebiet, auf dem aber — im Vergleich zu anderen medizinischen Forschungszweigen — ein gewisser

Nachholbedarf besteht. Die Einrichtung des Instituts wurde durch die Zusammenarbeit zwischen der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Wien und dem Krankenhaus der Landeshauptstadt St. Pölten ermöglicht. Förderer sind neben dem Land Niederösterreich — Bandion dankte insbesondere Landeshauptmann LUDWIG für dessen Unterstützung — Bankinstitute und Wirtschaftsunternehmen. Als wissenschaftlicher Leiter fungieren Univ.-Prof. Dr. R. SLAVICEK (Wien), Prim. Dr. R. FISCHER (St. Pölten) und Univ.-Prof. Dr. G. WATZEK (Wien). (Schluß) ger/rr

Forts. von Blatt 982

österreichischer Städtetag in Villach (2)

Lacina: Europareif sind wir schon lang

Villach, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Das Schlußreferat des 39. Österreichischen Städtetages in Villach hielt Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA. Er bezeichnete einleitend die Steuerreform und den Abschluß des Finanzausgleiches als die großen Erfolge des Jahres 1988. Es läßt sich bereits feststellen, daß die Steuerreform zu überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum und damit zu höheren Einnahmen für alle Gebietskörperschaften geführt habe. Der größte Erfolg: „Wir sind dabei, die Vollbeschäftigung wieder zu erringen“, sagte Lacina. Den letzten Finanzausgleich bezeichnete Lacina als beachtlichen Erfolg für die Städte und Gemeinden, die erstmals an der Kapitalausgleichssteuer beteiligt sind. Durch eine Verfassungsänderung wurden der Städtebund und der Gemeindebund als gleichberechtigte Partner festgelegt. Kritik des Finanzministers: Der Ausgleich zwischen stärkeren und schwächeren Gemeinden funktioniert nicht, der Finanzausgleich könnte deshalb durch eine Klage beim Höchstgericht in Frage gestellt werden. Zur KEST sagte Lacina noch, auf die BRD bezugnehmend: „Ich habe nicht vor, Verteidigungsminister zu werden und die KEST aufzugeben“.

„Wir sind wirtschaftlich bereits so eng mit den EG-Ländern verbunden, daß es keine Alternative dazu gibt, am Wirtschaftsraum möglichst gleichberechtigt teilzunehmen“, sagte Lacina. „Die immerwährende Neutralität darf kein Handelsobjekt werden. Die hohen Standards in der Sozial- und Umweltpolitik dürfen nicht in Frage gestellt werden“.

Wir müßten die nächsten Jahre nicht dazu nutzen, europareif zu werden, denn: „Europareif sind wir schon lange“, aber den Anpassungsbedarf vorzubereiten. Hinsichtlich des Steuersystems gebe es heute selbst in der EG noch keine Einigung über eine Harmonisierung, Großbritannien sei zum Beispiel dagegen. Eine grobe Kalkulation hätte für Österreich aber ergeben, daß sich das Aufkommen in der Waage halten werde.

Kritik richtete Lacina an die Gemeinden, die sich nicht an den Kosten einer EG-Mitgliedschaft beteiligen wollen: „Österreich wäre auf Grund seiner Wirtschaftskraft in Brüssel Nettozahler und müßte rund 12 Milliarden abliefern. Der Grundsatz einer ausgewogenen Lastenverteilung, wie er in der Finanzverfassung festgelegt ist, muß aber beachtet werden. Die Gemeinden und Städte könnten sich nicht nur die Rosinen aus einer Teilnahme am europäischen Markt herauspicken, sondern müßten sich auch an den Lasten beteiligen“, sagte der Finanzminister. Eine Neuregelung der Finanzverfassung nach dem Muster der BRD könnte überlegt werden, aber auch in diesem Fall müßten die Gemeinden die entsprechenden Lasten tragen. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 981